Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 155. Sonnabend, 1. April 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 21,— M., vierteljährlich 63,— M.,
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 32 mm breite Zeile 5,— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 50 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank
Aktiengesellschaft
Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft"

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlfächern unter Verschluß des Mieters und Mitverschluß der Bank.

Schlachthofring 7 ◆ Wettinerstr. 56, Großmarkthalle ◆ Eliasplatz 3 ◆ Kaiserstr. 11 ◆ Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Der bevorstehende Schiedsspruch Calonders.

Entscheidung in den nächsten Tagen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 31. März. Innerhalb eines oder zweier Tage wird der endgültige Schritt zur Schlichtung der strittigen Fragen hinsichtlich Oberschlesiens vorgenommen werden. Calonder, der neutrale Präsident der deutsch-polnischen Kommission, wird seinen Schiedsspruch in Genua kundgeben.

Polnische Nichtanerkennung des Schiedsspruches?

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 31. März. Die „Neue Zürcher Ztg." meldet aus Paris, daß dort zuverlässige Nachrichten aus Warschau vorliegen, wonach Polen einen Schiedsspruch Calonders in der Enteignungsfrage nicht annehmen werde. Der polnische Protest an den alliierten Botschafterrat sei bereits beschlossene Sache. In Warschau nehme man an, daß durch die Nichtanerkennung des bevorstehenden Schiedsspruches durch Polen die Zuteilung Oberschlesiens an Deutschland und Polen sich abermals verschiebe, und zwar auf einen sehr späten Termin.

„Matin" dementiert jedoch in einem Warschauer Telegramm die Meldung, daß Polen rüste, um sich über den Spruch des Völkerbundsrates hinwegzusetzen und auch das Deutschland zugesprochene oberschlesische Gebiet in die Hand zu nehmen. Der polnische Außenminister bezeichnete dem „Matin"-Vertreter gegenüber diese Gerüchte als politischen Unsinn.

Das Urteil über das Vertrauensvotum.

Berlin, 31. März. Zum Ergebnis der gestrigen Reichstagsdebatte schreibt die „Deutsche Allg. Ztg.", daß der Wunsch des Reichskanzlers, daß durch die Erklärung der deutschen Volksvertretung eine feste Grundlage geschaffen werde, auf der die Regierung bei den kommenden Verhandlungen in Genua fußen könne, nunmehr erfüllt sei. Es sei nicht nur das staatsklige Verhalten der Deutschen Volkspartei, dem die Regierung ihre stattliche Majorität zu danken habe, sondern auch die weise Zurückhaltung der Koalitionsparteien; denn sie habe es erst der Deutschen Volkspartei möglich gemacht, unter Ablehnung der von der äußersten Rechten und der äußersten Linken beantragten Tadelsvoten der Erklärung der Regierungsparteien beizutreten.

Der „Berliner Lok.-Anz." erklärt es als geradezu unverständlich, daß just diese Angelegenheit dazu gedient hat, die Kluft zwischen der deutschnationalen Rechten und den Steuerkompromißparteien so tief und scharf aufzureißen, wie das nur irgend geschehen konnte. Die Deutschnationalen hätten durch die Zerlegung der Abstimmung über das Vertrauensvotum doch nur die Möglichkeit erhalten wollen, in der Sonderabstimmung gleichfalls für den ersten Teil der Ablehnung der Zumutungen des Feindbundes eintreten zu können.

Die „Voss. Ztg." macht den Deutschnationalen den Vorwurf, in ernstester Stunde den Parlamentarismus zu einem Possenspiel herabgewürdigt zu haben. Zur Begründung dafür weiß das Blatt aber nichts weiter anzuführen, als daß Dr. Hergt die Aufklärung von Unklarheiten in der Rede des Reichskanzlers wünschte und daß die Deutschnationalen eine getrennte Abstimmung über das Vertrauensvotum beantragt haben.

Das „Berliner Tagebl." schließt seine Betrachtung mit der tröstlichen Bemerkung, jedenfalls habe die gestrige Reichstagssitzung gezeigt, daß bei allen Meinungsverschiedenheiten im einzelnen das Parlament die unerfüllbare und unerträgliche Note der Entente als solche einmütig ablehne.

Der „Vorwärts" stellt fest, daß der Sieg vollständig gewesen sei, nur freilich sei er mit Truppen geschlagen, die zum Teil wenige Stunden zuvor bereit gewesen wären, zum Gegner überzulaufen. Immerhin, mit dem Vertrauensvotum einer Zweidrittelmehrheit ausgerüstet, könne die Regierung den von ihr aufgenommenen Kampf um die letzten Lebensrechte unseres Volkes weiterführen und den Gang nach Genua antreten.

Drohende Besetzung des Ruhrgebietes?

Berlin, 31. März. Aus dem Westen mehren sich die Nachrichten, daß französischerseits Vorbereitungen getroffen werden, das Ruhrgebiet zu besetzen, falls in der Reparationsfrage mit Deutschland keine Verständigung erfolgt. Wie wir hierzu von Regierungsseite hören, sind ähnliche Nachrichten auch der Regierung zugegangen. Doch legt man in der Regierung einstweilen auf diese französischen Vorbereitungen keinen Wert, da man einmal die Auffassung vertritt, daß es zu einer Verständigung in der Reparationsfrage kommen wird, schließlich aber, wenn tatsächlich eine Verständigung nicht möglich sein sollte, dennoch mit der Besetzung des Ruhrgebiets nicht zu rechnen sei, da jedenfalls die übrigen Alliierten gegen ein derartiges Vorgehen Frankreichs Einspruch erheben würden.

Der sorglose Optimismus der Berliner Regierung ist geradezu bewundernswert.

Eine schweizerische Warnung an die Entente.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 31. März. Der „Berner Bund" schreibt: **Wenn Dr. Wirth jetzt ganz energische Worte gefunden hat, so ist es sicher, daß es ihm damit ganz ernst ist. Die Forderung der Reparationskommission geht über die Leistungsfähigkeit Deutschlands hinaus, das mit seiner neuen Steuergesetzgebung soeben Milliarden aus seinem Volke herausgepreßt hat, nicht am Erfüllungswillen fehlt es, sondern am Erfüllenkönnen.** Die deutsche Nachgiebigkeit hat den letzten Ausdehnungsgrad erreicht; noch eine Belastung, und sie muß zerreißen. Ein Nachlassen von Seiten der Entente erscheine unbedingt erforderlich. Man mag die Konsequenzen gar nicht ausdenken, die ein rücksichtsloses Verharren auf dem gegenwärtigen Standpunkt nach sich ziehen könnte.

Wiederaufrollung der „Kriegsschuldigen"-Frage.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 31. März. „Journal des Débats" meldet über den Stand der deutschen Kriegsschuldigenfrage, daß die alliierten Kabinette der Ueberweisung einer Entscheidung an den Obersten Rat zugestimmt haben, der im Mai zusammentreten soll. Für diese Tagung des Obersten Rates liegen zwei gleichlautende Anträge Frankreichs und Belgiens vor, von dem der belgische die Aburteilung des Exkaisers wieder aktuell werden lasse.

Veröffentlichung französischer Kriegszahlen.

Paris, 30. März. (Havas.) Der Kammerausschuß für Auswärtiges beschloß, die Veröffentlichung der Berichte über die Sitzungen der geheimen Ausschüsse während des Krieges wieder aufzunehmen, im Bedarfsfalle aber die Veröffentlichung der Berichte über die Sitzungen zu verzögern, in denen diplomatische Dokumente auswärtiger Regierungen vorgelegt werden. (Gegebenenfalls müßten mit diesen Regierungen Verhandlungen vorher angeknüpft werden. (W. T. B.)

Vorwürfe gegen Botschafter Laurent.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 31. März. „Corriere della Sera" meldet aus Paris: Botschafter Laurent hat im Kabinettsrat am Montag seine Politik gegenüber Deutschland verteidigt. Ernstliche Konflikte mit der Regierung Poincarés bestehen nicht. Lediglich die taktische Durchführung seiner Aufträge in Berlin wird dem Botschafter zum Vorwurf gemacht. Laurent bleibt bis 5. April in Paris.

Französisch-belgische Anerkennung der amerikanischen Ansprüche.

Paris, 31. März. Nach der „Chicago Tribune" hat gestern die französische und die belgische Regierung den amerikanischen Anspruch auf Ersatz der Kosten für das Besatzungsheer am Rhein in vollem Umfange gebilligt. Die französische Note ist gestern dem Botschafter Herrick zur Uebermittlung nach Washington übergeben worden. Die französische Regierung erkennt in ihr den amerikanischen Anspruch bis auf weiteres nur für sich allein an. Das gleiche tut die belgische Regierung in ihrer Antwort. Eine Erwartung, daß die amerikanische Regierung ihre Truppen am Rhein belassen werde, besonders für den Fall, daß der amerikanische Anspruch befriedigt, wird in dieser Note nicht ausgesprochen. Sie wird jedoch voraussichtlich in der gemeinsamen Note der Alliierten zum Ausdruck kommen, die Anfang nächster Woche nach Washington abgesandt werden soll. (W. T. B.)

Bedenklicher Zustand des Exkaisers Karl.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Wien, 31. März. In den gestrigen Abendstunden lag eine Havas-Meldung vor, wonach Exkaiser Karl bereits in Agonie liege und nur durch Sauerstoffinhalationen sein Leben verlängert werde.

Wien, 31. März. Exkaiserin Zita hat an den Fürstprimas von Ungarn folgendes Telegramm gerichtet: Funchal, 28. März. Se. Majestät der König liegt infolge spanischer Grippe und beiderseitiger Lungenentzündung schwer krank darnieder und hat gestern abend die Sterbesakramente empfangen. Ich bitte Ew. Magnifizenz und jeden getreuen Ungarn, für den König zu beten. Der Fürstprimas hat verfügt, daß in sämtlichen katholischen Kirchen Ungarns Bittgottesdienste für die Genesung des Königs abgehalten werden.

Paris, 31. März. Nach den letzten Havas-Meldungen aus Funchal soll sich der Zustand des Exkaisers Karl gebessert haben. (W. T. B.)

Annahme des Präliminarfriedens in der griechischen Kammer.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 31. März. Der „Corriere della Sera" meldet aus Athen: Das Plenum der griechischen Kammer hat mit allen gegen 12 Stimmen den Antrag auf Abschluß eines Präliminarfriedens mit der Türkei angenommen.

Die Waffenstillstandsvorschläge für die Türkei unannehmbar?

Paris, 30. März. Der Berichterstatter des „New York Herald" in Rom will von dem dortigen amtlichen türkischen Vertreter die Erklärung erhalten haben, die alliierten Waffenstillstandsvorschläge seien für Angora unannehmbar. (W. T. B.)

Weitere Erhöhung der Postgebühren.

Der Fernbrief 4 Mark.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 31. März. Im Hauptausschuß des Reichstages setzte heute **Reichspostminister Giesberts** auseinander, daß die Postverwaltung von dem jährlichen Mehrbedarf der Postverwaltung infolge der Besoldungs- und Lohnerhöhung im Rechnungsjahre 1922 500 Mill. Mk. durch Mehrertrag aus den laufenden Gebühren und 500 Mill. Mk. aus Ersparnissen aufbringen könne. **Es bliebe dann aber immer noch ein mehrfaches Milliardendefizit. Um dieses auszugleichen, wäre der Brief von 2 auf 3 Mk. zu steigern und es wären dementsprechend auch die übrigen Briefpostgebühren zu erhöhen. Der Ortsbriefverkehr bedürfe der Verschonung, ebenso der Paketverkehr in der Nahzone. In der Fernzone dagegen müsse schon deshalb eine Steigerung eintreten, weil die Eisenbahn mit ihren Tarifen sehr stark in die Höhe gehe. Beim Telegramm sei an eine Steigerung der Wortgebühr von 1 Mk. auf 1,50 Mk. gedacht. Endlich sei eine Steigerung der Fernsprechgebühren in dem Umfange geplant, daß zu dem jetzigen Gebührenaufschlag auf die Fernsprechgebühren von 80 Prozent ein nochmaliger Aufschlag von 60 Prozent genommen werde. Im Ganzen ergebe sich hieraus eine jährliche Mehreinnahme von rund 4 Milliarden Mk. In den gestrigen Beschlüssen des Hauptausschusses für die neue Besoldungsvorlage sei für die Postverwaltung aber eine neue Situation geschaffen. Aus diesen Beschlüssen ergebe sich ein weiterer jährlicher Mehrbedarf von 1½ Milliarde Mark, der nur durch weitere Steigerung der geplanten Gebührenerhöhungen zu gewinnen sei. Als Ausgangspunkt für diese Steigerung habe ebenfalls wieder die Fernbriefgebühr zu dienen und zwar müsse dann diese Gebühr statt auf 3 Mk. auf 4 Mk. bemessen werden. Beim Telegramm wäre eine Steigerung über den Satz von 1,50 Mk. für das Wort zurzeit nicht möglich.**

Kabinettssitzung und Ministerrat beim Reichspräsidenten.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 31. März. Heute vormittag fand eine Kabinettssitzung statt, an die sich ein Ministerrat beim Reichspräsidenten anschloß. Es handelte sich, wie verlautet, um die endgültige Zusammensetzung der deutschen Delegation für Genua und die Festsetzung der Antwort auf die Reparationsnote.

Uebermittlung der Tagesordnung für Genua.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 31. März. Der italienische Botschafter hat gestern erneut im Auswärtigen Amt vorgesprochen. Sein Besuch stand nicht mit der Reparationsfrage im Zusammenhang, sondern galt der Uebermittlung der für Genua festgesetzten Tagesordnung.

Die deutsche Delegation für Genua.

Berlin, 30. März. Mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches wurde die Zusammensetzung der deutschen Delegation für Genua auf ein Minimum beschränkt. Aus dem Auswärtigen Amte gehen nur der Reichsminister Dr. Rathenau und Staatssekretär v. Simson als die eigentlichen Vertreter der auswärtigen Politik nach Genua. Simson hauptsächlich wegen der wirtschaftlichen Fragen, die in Genua den Ausschlag geben. Von der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, die die in Genua im Vordergrund stehenden Fragen über den Aufbau Rußlands zu behandeln haben wird, gehen der Stellvertreter des Chefs, Legationsrat Hauschild, sowie Geheimrat Ritter, der früher im Reichsfinanzministerium tätig war, nach Genua. Was die Vertretung des Finanzministeriums anlangt, so steht noch nicht fest, ob Minister Dr. Hermes selbst nach Genua geht. Es hängt dies davon ab, ob die anderen Groß-Staaten ihre Finanzminister ebenfalls delegieren. Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium wird entweder allein oder mit dem Reichsfinanzminister nach Genua gehen. Was das Reichswirtschaftsministerium anlangt, so ist davon die Rede, daß Wirtschaftsminister Schmidt nach Genua gehen wird. Daneben kommen einige Experten in Frage, die man als Vertreter des Reichswirtschaftsrates anzusprechen haben wird. Da es sich in Genua vorzugsweise um wirtschaftliche Probleme handelt, so sollen hervorragende Wortführer des Reichswirtschaftsrates als Experten zugegen sein.

Einladung der Türkei.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 31. März. Die Agentur Stefani gab gestern abend die halbamtliche Meldung aus, daß die alliierten Kabinette der Einladung der Türkei zur Konferenz von Genua zugestimmt haben. Die Einladung Italiens an die Türkei sei am 26. März nach Konstantinopel abgegangen.

London, 31. März. „Westminster Gazette" bringt einen Artikel, in dem es heißt: Lloyd George begibt sich nach Genua ohne irgendwelche Vollmacht. Das Vertrauensvotum selbst, wenn er es erhält, täuscht niemand, weder in Ungarn noch im Ausland, darüber hinweg. — **Der polnische Außenminister wird am Sonntag hier erwartet. Er gedenkt etwa zwei Tage zur Besprechung mit englischen Regierungskreisen hier zu bleiben und dann nach Genua abzureisen.**

SLUB
Wir führen Wissen.